



Presseschau vom 22.05.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

de.sputniknews.com: „Letztes Angebot“: USA stellen der Türkei wegen S-400-Erwerbs Ultimatum

Die Türkei hat zwei Wochen Zeit, um zu entscheiden, ob sie auf den Kauf russischer Flugabwehrsysteme S-400 verzichtet oder mit harten Gegenmaßnahmen von Seiten der Vereinigten Staaten konfrontiert wird. Dies berichtete der TV-Sender CNBC unter Verweis auf seine mit der Angelegenheit vertrauten Quellen.

Demnach soll Ankara innerhalb von zwei Wochen den Deal mit Moskau platzen lassen und US-Flugabwehrraketensysteme „Patriot“ kaufen. Sonst werde die Türkei die von den USA versprochenen einhundert F-35-Kampffjets nicht erhalten.

Zudem könne der Verzicht auf die Einhaltung des Ultimatus US-Sanktionen und eine „mögliche Gegenreaktion der Nato“ nach sich ziehen.

Nach Informationen des TV-Senders ist es das „letzte“ Angebot des US-Außenministeriums. Wie Ankara zuvor erklärte, wolle es nicht auf den Erwerb von S-400-Anlagen in Russland verzichten und solle die erste Lieferung von Fla-Raketensystemen dieses Typs im Juli erhalten.

Russland und die Türkei hatten im Dezember 2017 ein Kreditabkommen zur S-400-Lieferung unterzeichnet. Ankara kauft demnach zwei Batterien, die von türkischen Militärs bedient werden sollen. Zwei weitere Batterien sollen in der Türkei montiert werden.

Die USA und andere Nato-Länder hatten Ankara wiederholt wegen des Deals mit Moskau kritisiert. Zudem hatte das Pentagon der Türkei klar gemacht, dass der Erwerb der russischen S-400 Raketenabwehrsysteme ihre Teilnahme am Programm zur Entwicklung des neuesten US-amerikanischen F-35-Jagdbombers völlig ausschließen werde.

Die an die Türkei zu liefernden Fla-Raketenkomplexe S-400 werden laut den Worten des türkischen Außenministers, Mevlüt Çavuşoğlu, nicht ins Nato-Raketenabwehrsystem integriert und stellen auch keine Bedrohung für US-amerikanische F-35 Jagdflugzeuge dar.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32288/35/322883548.jpg>

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt, teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

Beschossen wurde das Gebiet von **Frunse**.

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: **Putin telefoniert mit Merkel und Macron – Das stand auf Agenda**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Dienstag mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Staatschef Emmanuel Macron telefoniert.

Aus dem Kreml hieß es, dass die Seiten eine Reihe internationaler Fragen besprochen hätten.

Ukraine-Krise

Die Staatshäupter behandelten die Ukraine-Frage unter Berücksichtigung der gescheiterten Politik des ehemaligen Präsidenten Petro Poroschenko und den Machtwechsel im Land. Putin, Macron und Merkel äußerten übereinstimmend, dass es keine Alternative zu den Minsker Abkommen als Grundlage für eine friedliche Regelung gebe.

Russlands Präsident verwies auch darauf, dass die Inkraftsetzung des Gesetzes über den Sonderstatus von einzelnen Regionen der Donzker und Lugansker Gebiete Priorität habe und die Verbesserung eines direkten Dialogs zwischen Kiew und Donezk sowie Lugansk relevant sei.

Macron und Merkel wiederholten ihrerseits laut der offiziellen Mitteilung der Bundesregierung die „Kritik an den jüngsten russischen Dekreten zur erleichterten Einführung der russischen Staatsangehörigkeit für ukrainische Staatsbürger“.

Darüber hinaus erörterten die Staatshäupter das von der Werchowyna Rada verabschiedete Gesetz über die ukrainische Sprache. Laut dem Kreml zeigten sich die Seiten über den Verzicht einiger Staaten erstaunt, das gegen die ukrainische Verfassung, die Minsker Abkommen und die internationalen Verpflichtungen Kiews zum Schutz nationaler und sprachlicher Minderheiten verstoßende Dokument im UN-Sicherheitsrat zu besprechen.

Iran und Syrien

Russland, Deutschland und Frankreich bestätigten ihre Haltung zur Zusammenarbeit mit Teheran im Handels- beziehungsweise Wirtschaftsbereich.

„Sie unterstrichen das Erfordernis, den Iran zum Verbleib im Nuklearabkommen zu bewegen, zu dessen Erhalt sie sich übereinstimmend bekannten“, hieß es aus der Bundesregierung.

Macron und Merkel riefen demnach Putin auf, seinen Einfluss zur Aufrechterhaltung des Waffenstillstands in der Region Idlib geltend zu machen.

Situation um PACE

Der Kreml teilte unter anderem mit, dass sich Frankreichs Staatschef und Deutschlands Bundeskanzlerin für die vollständige Wiederherstellung der Rechte der russischen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ausgesprochen hätten.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 21. Mai 3:00 Uhr bis 22. Mai 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 5. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Dolomitnoje, Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Oserjanowka), Ukrainskoje, Sachanka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 32.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 49.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: Russland aus UN-Sicherheitsrat ausschließen? Sacharowa nimmt Stellung zu Vorschlag aus Ukraine

Die stellvertretende Gesundheitsministerin der Ukraine, Ulana Suprun, hat internationale Organisationen dazu aufgerufen, auf die Finanzhilfe Russlands zu verzichten. Diesen Vorschlag kommentierte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa. Am Dienstag hatte Suprun im Rahmen der 72. Sitzung der Weltgesundheitsversammlung in Genf die WHO-Mitgliederstaaten sowie andere internationale Organisationen aufgerufen, „Nein“ zum russischen Geld zu sagen, das „westliche Konten füllt“. Im Gegenfall riskieren sie, so Suprun, zu den „Kreml-Geiseln“ zu werden. Darüber hinaus sagte die ukrainische Politikerin, dass die Uno die Präsenz Russlands im UN-Sicherheitsrat nicht dulden solle, „bis es zum System des internationalen Rechtes zurückkehrt“. Sie plädierte unter anderem für die Erweiterung der Sanktionen gegen Russland.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, kommentierte diese Aussagen in ihrem Facebook-Account: „Nationalistin und Russophobin. Echte Provokateurin. Besonders viel Schaden brachte sie nicht Russland, sondern der ukrainischen Bevölkerung.“



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32326/66/323266665.jpg>

Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters des Volksmiliz der DVR am 22.05.2019**

Heute wurde während einer erfolgreich durchgeführten Operation der Volksmiliz der DVR **eine Diversions- und Erkundungsgruppe des Gegners festgenommen**. Bei der Festnahme wurden bei den Kämpfern Uniformen, Autonummernschilder und Dokumente in der Art der Volksmiliz gefunden sowie Sprengstoffe. Mit den Festgenommenen werden Ermittlungsmaßnahmen durchgeführt.

Wir schließen nicht aus, dass das Kommando der OOS den Verlust von Personal in der Stärke einer Abteilung nicht verheimlichen kann, wie es das gewöhnlich in den täglichen Berichten des Stabs der OOS im Fall des Todes von einem oder zwei ukrainischen Soldaten tut.

de.sputniknews.com: **Washington sieht erneut „Anzeichen“ von C-Waffen-Angriff in Syrien**

Das US-Außenministerium wirft der syrischen Regierung erneut vor, chemische Waffen eingesetzt zu haben. Dies geht aus einer Pressemitteilung der Sprecherin Morgan Orgatus hervor, die auf der Webseite der Behörde veröffentlicht wurde.

„Leider sehen wir immer wieder Anzeichen dafür, dass das Assad-Regime vielleicht wieder chemische Waffen einsetzt. Darunter fällt auch ein angeblicher Chlorgasangriff in Nordwestsyrien am Morgen des 19. Mai“, lautet es in der Mitteilung.

„Wir sammeln immer noch Informationen über diesen Vorfall und warnen erneut davor, dass die Vereinigten Staaten und unsere Verbündeten im Falle eines Einsatzes chemischer Waffen durch das Assad-Regime schnell und angemessen reagieren werden“.

Das syrische Außenministerium hatte die Informationen zum angeblichen Chemiewaffeneinsatz dementiert.

Am Freitag hatte das russische Verteidigungsministerium berichtet, dass Kämpfer der Terrormiliz „Dschebhat an-Nusra“ in der syrischen Provinz Idlib eine Provokation vorbereiten, um der russischen Luftwaffe chemische Angriffe auf Zivilisten vorzuwerfen. Die Kämpfer hätten geplant, eine angebliche Vergiftung von Zivilisten neben Resten russischer Munition zu filmen, und die Aufnahmen über soziale Plattformen sowie westliche Medien zu teilen, hieß es.

Am Dienstag teilte der Chef des Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien, Generalmajor Viktor Kuptschischin, mit, die in der Idlib-Deeskalationszone operierenden Terrorkämpfer der Terrorgruppe „Hai‘at Tahrir asch-Scham“ (ehemals „Dschebhat an-Nusra“) würden die Inszenierung einer Chemiewaffenattacke planen, um der syrischen Armee „chemische Angriffe“ gegen Zivilisten vorzuwerfen. Die Extremisten würden über

beträchtliche Mengen an giftigen Substanzen verfügen, mit denen sie Munition füllen würden. Die Terrormiliz habe den sogenannten „chemischen Flügel“ geschaffen. Dabei handle es sich um eine spezielle Gruppe, deren Mitglieder Giftstoffe herstellen, erste Hilfe bei Vergiftungen leisten und gefälschte Berichte über angebliche Chemieangriffe in sozialen Netzwerken teilen würden, so Kuptschischin.

Die USA und ihre Verbündeten machen nach wie vor die syrische Regierung für eine Reihe der Chemieangriffe und insbesondere für die Attacke in der Stadt Douma vom 7. April 2018 verantwortlich. Dabei ignorieren die Vereinigten Staaten aufkommende Beweise, die das Assad-Regime entlasten.

Am 13. Mai hatte die Working Group on Syria, Propaganda and Media einen unveröffentlichten Bericht der Fact Finding Mission der Organisation für Verbot von chemischen Waffen (OPCW) publik gemacht, aus dem hervorging, dass die „chemische Attacke in Douma“ inszeniert worden war.

Im April hatten mindestens 40 Mitglieder der Organisation der „Weißhelme“ in einer Reihe von Interviews zugegeben, in Syrien Chemie-Angriffe inszeniert zu haben. Damit sollten Vergeltungsmaßnahmen gegen Präsident Bashar al-Assad provoziert werden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32502/75/325027592.jpg>

nachmittags:

Dan-news.info: „Das kommunale Unternehmen ‚Woda Donbassa‘ hat die Mitteilung der Aktiengesellschaft ‚DTEK PES-Energougol‘ (das ukrainische Elektrizitätsunternehmen; Anm. d. Übers.) erhalten, dass die Stromlieferung für die Objekte des Unternehmens ab dem 23. Mai eingestellt wird“, teilte der Pressedienst von Woda Donbassa mit.

Der Pressedienst unterstrich, dass im Fall einer Abschaltung die Filter- und Pumpstationen der Kanal „Sewerskij Donez – Donbass“ von einer Betriebseinstellung bedroht sind, die „mehr als 1,5 Mio. Einwohner der DVR und der von Kiew kontrollierten Gebiete mit Wasser versorgen“.

Wir erinnern daran, dass sich die Situation mit einer möglichen Abschaltung der Stromversorgung für die Objekte von Woda Donbassa bereits Mitte März dieses Jahres zugespitzt hatte. Es wurde unterstrichen, dass die Ursache dafür der große Zahlungsrückstand des Unternehmens gegenüber den Stromversorgung in Höhe von 1 Mrd. Griwna war. In der DVR wurde erklärt, dass durch die Abschaltung dem gesamten Donbass eine ökologische Katastrophe drohen könnte.

de.sputniknews.com: **In Begleitung von US-Jägern: Zwei russische Raketenträger absolvieren Flug nahe Alaska**

Zwei strategische Raketenträger Tu-95MS der russischen Luftstreitkräfte haben einen elfstündigen Flug über der Tschuktschensee, dem Beringmeer und dem Ochotskischen Meer sowie entlang der Alaska-Küste absolviert, hieß es vom russischen Verteidigungsministerium. Die im Voraus geplanten Flüge wurden im Luftraum über neutralen Gewässern der Tschuktschensee, des Beringmeers und des Ochotskischen Meers sowie entlang der westlichen Küste von Alaska und der nördlichen Küste der Aleuten absolviert.

An einigen Strecken wurden die russischen Maschinen von Jagdflugzeugen vom Typ F-22 der US-Luftstreitkräfte begleitet. Der Flug dauerte circa elf Stunden.

Die russischen Fernfliegerkräfte führen regelmäßig Patrouillenflüge über dem neutralen Gewässer in der Arktis, im Atlantik, im Schwarzen Meer und im Pazifik durch. Beispielsweise hatten gestern vier Bombenflugzeuge der strategischen Fernfliegerkräfte Russlands einen Patrouillenflug über der Tschuktschensee, dem Beringmeer und dem Ochotskischen Meer unternommen.

Laut dem Verteidigungsministerium erfolgen alle Einsätze unter strikter Befolgung der international gültigen Regeln. Der Luftraum anderer Staaten wird nicht verletzt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31826/60/318266005.jpg>

mil-lnr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponenko**

Die ukrainischen Kämpfer haben in den letzten 24 Stunden **zwei provokative Beschießungen in Richtung Slawjanoserbsk** durchgeführt.

Auf Befehl des Kommandeurs der 10. Gebirgsturmbriade des Kriegsverbrechers Subanitsch wurde die Umgebung von **Frunse** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik **mehr als 50 verschiedene Geschosse abgefeuert**.

Wir erhalten weiter Informationen über weitere **nicht kampfbedingte Verluste in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte**.

So ist in der 10. Gebirgsturmbriade im Gebiet von Krymskoje ein Fahrer eines Ural-Lastwagens beim Transport von Personal nicht mit der Lenkung zurecht gekommen und das Fahrzeug stürzte in den Straßengraben. Infolge des Unfalls starb ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte, drei wurden unterschiedlich schwer verletzt. Diese nicht kampfbedingten Verluste verheimlicht der Brigadekommandeur Subanitsch gegenüber dem übergeordneten Stab.

Außerdem stellen wir weiter eine **Zunahme der Desertion von Soldaten aus der „OOS“-Zone** fest.

Am 20. Mai hat ein Soldat der 30. mechanisierten Brigade im Gebiet von Mironowskij den Stationierungsort des Truppenteils eigenmächtig verlassen und ein AK-74-Gewehr mit

Munition mitgenommen. Der Aufenthaltsort des Flüchtlings ist unbekannt, es läuft eine Suche, in der Einheit sind Mitarbeiter der Militärstaatsanwaltschaft eingetroffen. In den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone haben die **Fälle von massenhaften Vergiftungen von Soldaten durch minderwertiges Trinkwasser** zugenommen.

In medizinischen Einrichtungen von Popasnaja, Solotoje und Troizkoje sind allein in dieser Woche mehr als 20 Soldaten aus der 30. und 54. mechanisierten Brigade mit Cholera und Bauchtyphus eingeliefert worden.

Im Zusammenhang damit führten Kommissionen des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ Kontrollen der Qualität des gelieferten Wassers sowie von dessen Lieferungs- und Lagerbedingungen durch.

de.sputniknews.com: **Syrien: Terroristen feuern Raketen auf russische Militärbasis ab**
Terroristen haben 17 Raketen auf die russische Militärbasis im syrischen Hmeimim abgefeuert. Dies teilt am Mittwoch das Verteidigungsministerium in Moskau mit.

„Acht der abgefeuerten Raketen haben den Luftwaffenstützpunkt nicht erreicht“, hieß es. „Die restlichen neun Geschosse der Terroristen wurden von den Luftabwehrsystemen der russischen Basis abgewehrt.“

Das ist bereits der zweite Angriff auf die russische Militärbasis innerhalb von wenigen Tagen. Am Montag hatten Mitglieder der Terrororganisation Dschabhat an-Nusra sechs Geschosse in Richtung des Stützpunktes abgeschossen. Alle wurden von der Luftabwehr abgefangen.

Wie das Ministerium weiter mitteilt, attackieren die Terroristen seit dem Abend des 21. Mai syrische Regierungstruppen in der Deeskalationszone von Idlib mit Raketenwerfern.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32502/98/325029843.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 22.05.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **fünfmal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von fünf Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben ukrainischen Kämpfer von den Positionen der 30. und 53. mechanisierten Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Garas und Grusewitsch aus die Gebiete von **Oserjanowka, Dolomitnoje** und der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben ukrainische Kämpfer von den Positionen der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch aus **Sachanka** und

Ukrainiskoje mit Abwehrgeschützen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik **mehr als 60 verschiedene Geschosse abgefeuert**.

Im Ergebnis von erwidern dem Feuer unserer Verteidiger mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen **starb ein ukrainischer Kämpfer und drei wurden verletzt**.

Wie wir schon mitgeteilt haben, wurde heute im Verlauf einer erfolgreich durchgeführten Operation der Volksmiliz der DVR eine Diversions- und Erkundungsgruppe des Gegners festgenommen. Bei der Festnahme wurden bei den Kämpfern Uniformen, Autonummernschilder und Dokumente in der Art der Volksmiliz sowie Sprengstoffe gefunden. Mit den Festgenommenen werden Ermittlungsmaßnahmen durchgeführt.

Das ukrainische Kommando behindert weiter die Arbeit der OSZE-Mission im Donbass, um schwere Waffen zu verheimlichen, die sich in Verletzung der Minsker Vereinbarungen außerhalb der festgelegten Gebiete befinden. Diese Sachverhalte finden regelmäßig ihren Ausdruck in den Berichten der Mission.

So haben am 20. Mai Kämpfer aus der 35. Marineinfanteriebrigade das Feuer mit Schusswaffen auf eine OSZE-Drohne eröffnet.

Im selben Gebiet wurde die Aktivität einer mobilen Gruppe der elektronischen Kriegführung aus dem 305. Bataillon für elektronische Kriegführung der BFU festgestellt, die die Leitungskanäle von OSZE-Drohnen unterdrückte.

Außer Befehlen des Kommandeurs der 35. Brigade der BFU zur zielgerichteten Behinderung der Arbeit der OSZE-Mission sind in den Einheiten der Brigade **Fälle von Desertion, Diebstahl und Korruption** festzustellen.

Nach Informationen von einer Quelle im Stab der Brigade hat der Soldat A.W. Jaremtschew im Gebiet von Nowoselowka Wtoraja im Verantwortungsbereich des 88. Bataillons die Kampfposition verlassen, aber es ist ihm nicht gelungen weit zu kommen. Der Soldat geriet auf ein Minenfeld, das von Pionieren seiner eigenen Brigade eingerichtet worden war, wo er auf eine Antipersonenmine geriet. Er wurde in ernstem Zustand in einer Feldhospital eingeliefert.

Außerdem wurde bekannt, dass der Leiter des Treibstoffdienstes der Brigade Oberstleutnant Andrienko in krimineller Absprache mit dem Kommandeur der 35. Brigade Palas den Verkauf von Treibstoff an die örtliche Bevölkerung organisiert hat. Da er keine schlechten Einkünfte vom Verkauf des Treibstoffs hatte, deckte Palas die Aktivität des Leiters des Treibstoffdienstes und unterzeichnete Dokumente zur Abschreibung des Treibstoffs. Diese Sachverhalte wurden dem übergeordneten Kommando bekannt und im Zusammenhang damit sind in der Brigade eine Inspektionskommission des militärischen Rechtsordnungsdienstes der BFU sowie Offiziere des Dienstes für materiell-technische Ausstattung des Stabs der OOS eingetroffen, um das Vorhandensein, die Buchführung und die Verwendung der Treibstoffe zu überprüfen.

abends:

de.sputniknews.com: „**Faschismus war immer Missgeburt des Kapitalismus**“ - **Sozialphilosoph warnt junge Deutsche**

Liudmila Kotlyarova

Der renommierte Sozialphilosoph Dr. Michail Popow vermutet im Sputnik-Interview, dass manche Menschen sich seit der Hitler-Zeit wenig geändert haben. Nicht nur die Verharmlosung der NS-Verbrechen soll bei ihnen gewichtig sein, sondern auch die allgemeine Haltung gegenüber Faschismus - zumindest seiner wirtschaftlichen Grundlage.

Die Konzernerin und „glückliche Kapitalistin“ Verena Bahlsen hatte Vorwürfe gegen ihre Familie blitzschnell abgetan: Dass der Keks-Konzern Bahlsen sich im Dritten Reich

mindestens 250 Zwangsarbeiter habe aus der Ukraine verschleppen lassen und sie später wohl nie entschädigte, sei doch nicht das, was sie mit dem Kapitalismus gemeint habe. Übrigens sagte sie: „Das war vor meiner Zeit und wir haben die Zwangsarbeiter genauso bezahlt wie die Deutschen und sie gut behandelt.“ Also „Bahlsen hat sich nichts zu Schulden kommen lassen.“ Eine 26-jährige Millionenerbin mit einem Hang zu originellen Ideen, aber offenbar wenig Wissen über die Jahre 1933 bis 1945.

Schaut man etwas genauer auf die Geschichte der Bahlens, stellt sich heraus, dass Verenas Opa und seine Brüder in der NSDAP waren und die SS förderten, was den Experten zufolge nicht zwangsweise erfolgte. Also keine Regimegegner, sondern wohl Unterstützer. Der Fall Bahlsen soll daher beispielhaft für die Anbiederung deutscher Unternehmer an das Regime sein und die Selbstverständlichkeit, mit der sie ihren Profit suchten – mit den Mitteln und Möglichkeiten von Terror. Der Konzern hat sich bereits entschuldigt, wie auch Verena: Nichts liege ihr ferner, als den Nationalsozialismus zu verharmlosen; sie wolle sich jetzt intensiver mit der Firmengeschichte befassen.

Der bekannte Sankt Petersburger Sozialphilosoph, Autor des Buches „Faschismus der Gegenwart“ und Wirtschaftstheoretiker Dr. Michail Popow hat den Fall Verena Bahlsen auch mitbekommen. Er wagt es sogar zu vermuten, dass eine bestimmte Zahl von Deutschen - selbst wenn eine geringere - sich seit der Hitler-Zeit wenig geändert habe. Auf die Frage, ob es sich bei Verena um bloße Vergesslichkeit oder doch um Fahrlässigkeit geht, die die Gewinne vor andere Werte setzt, antwortet Popow: „Es geht doch nicht um die Gewinne, sondern um die - angeblich unterbewusste - Haltung gegenüber dem Faschismus.“

„Der heutige Kapitalismus ist reaktionärer geworden“

„Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte vom Faschismus schweigen“, stellte der berühmte deutsche Sozialphilosoph Max Horkheimer bereits 1939 fest. In seiner Theorie des autoritären Charakters verwies er auf die sozialpsychologischen Grundlagen des Faschismus, aber auch auf die ökonomische Basis. „Ich habe auch immer gesagt, dass Faschismus eine Missgeburt des Kapitalismus ist“, sagt Popow gegenüber Sputnik.

Jedoch verweist der Philosoph darauf, dass Kapitalismus an sich keinesfalls schon Faschismus sei - nur sein zweites Stadium, Imperialismus, mag ihm zufolge im Faschismus enden. Die Theorie des Imperialismus setze ihrerseits nicht unbedingt Faschismus als das dritte Stadium des Kapitalismus voraus.

Es sei nur so, sagt der Experte, dass der frühe Kapitalismus viel progressiver als heute gewesen sei. Als Beispiele nennt er die große Französische Revolution oder auch die Befreiung von der Leibeigenschaft durch das Bürgertum. Heutzutage habe sich der Kapitalismus dagegen mehr reaktionäre Eigenschaften angeeignet, behauptet der Philosoph. Aber wie lässt sich der moderne Faschismus kennzeichnen? Darauf kontert Popow, dass es keinen „modernen Faschismus“ gebe, sondern einen wissenschaftlichen Begriff, mit dem man einzelne heutige Phänomene an ihrer Annäherung an Faschismus messen könne. Sollte er sich für einen bestimmten Begriff des Faschismus entscheiden, dann neige er lieber zu der 1935 vom 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale unterstützten Bezeichnung als der von Benito Mussolini: schließlich sei der Kongress grundlegend auf den Kampf gegen den Faschismus ausgerichtet worden. Der offizielle Begriff, auch als Dimitroff-These bekannt, definiert die ökonomische Basis des Faschismus als „terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals“.

Die sozialpsychologische Basis soll dabei für die Vorstellung von Überlegenheit von Angehörigen der eigenen Rasse, Abstammung und Nationalität gegenüber anderen sorgen. Daran lässt sich auch der Doppelcharakter des Faschismus erkennen, so der Experte. Will er seine Theorie begründen, verweist er auf die Verflechtungen zwischen dem Industrie- und Finanzkapital und dem Hitler-Regime. „Deshalb ist es ein Fehler zu glauben, dass die Nazis eigentlich links gewesen sind. Die deutschen Sozialisten der Zweiten Internationale hatten sich seit 1914 der Arbeiterbewegung entzogen und waren rechts geworden. Karl Liebknecht

hatte sich als einer der wenigen gewehrt und wurde ermordet“.

Faschismus in der Außenpolitik

Welche modernen Phänomene nähern sich heute laut Popow dem Begriff Faschismus an? „Überall dort, wo das Industriekapital mit dem Finanzkapital verflochten ist, gibt es eine wirtschaftliche Grundlage für Faschismus. Wo sich der Kapitalismus in den Imperialismus verwandelt und die Lehren der Geschichte verblassen, entstehen Elemente des Faschismus“, erwidert Popow.

Er geht noch weiter und wagt zu behaupten, dass einzelne Staaten wie die USA manchmal statt einer demokratischen Politik eine Außenpolitik des Terrors und damit des Faschismus ausüben würden. „Im Inland können dabei die angesagte Demokratie und die Menschenrechte ziemlich gut funktionieren“, merkt Popow an. Doch es hilft aus seiner Sicht nicht weiter, wenn der Terror anderen Staaten wie Jugoslawien, Irak oder Libyen angetan wird und die wirtschaftlichen Interessen des Industrie- und Finanzkapitals mit Demokratie begründet werden. „Selbst das Zeugnis des ehemaligen US-Generals Colin Powell von einer angeblichen Massenvernichtungswaffe im Irak ließ sich nicht bestätigen, es war nur ein Vorwand für die Intervention“, begründet Popow seine These über den sogenannten Faschismus in der Außenpolitik.

Sollten sich diese Elemente auf die Außenpolitik verbreiten, werden auch die Menschen im Inland am Ende betroffen sein, so Popow. Was Verena Bahlsen angehe, sei es noch kein Faschismus, aber wohl ein Hang zur faschistischen Ideologie, die überall - auch in Russland - von manchen relativiert werde. Jeder einzelne müsse darüber nachdenken.

Die liberale Demokratie werde als Gewinn der Menschheit dargestellt und müsse es auch sein, lasse sich darauf antworten. Er wolle das nicht bestreiten, kontert darauf Popow. Er könne aber auch nicht bestreiten, dass die wirtschaftliche Grundlage für den Wiederaufbau des Faschismus längst funktioniere und mit der Entnazifizierung sowie den Lehren der Geschichte wenig zu tun habe. Er erinnert sich an eine Konferenz in Griechenland vor einigen Jahren, die dem Faschismus gewidmet wurde. „Manche Politiker sparen an Kritik an den Vereinigten Staaten, weil sie sich davor fürchten, dass die dann ihre Macht gegen jedes beliebige EU-Land einsetzen. Ist das normal? Meine Kollegen würden auch heute behaupten, dass nicht Deutschland diesen Trend setzen dürfte, sondern das Land mit dem größten Industrie- und Finanzkapital“, sagt Popow anschließend.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32503/17/325031788.jpg>

de.sputniknews.com: Ein Stück Serbien für Groß-Albanien? USA werden gebeten, bei Kosovo-Beitritt zu helfen

Albaner aus den südlichen Gemeinden Serbiens wollen dieselben Rechte „wie die kosovarischen Serben im Norden“, an den Kosovo-Verhandlungen teilnehmen und dem

Kosovo beitreten. Diesmal baten sie um Unterstützung des US-Kongresses und - Außenministeriums.

Der Präsident der selbsternannten Republik Kosovo, Hashim Thaçi, hat nichts gegen das Anliegen der Albaner aus dem Süden Serbiens und bietet Belgrad im Tausch gegen ein weiteres Stück seines Territoriums großzügig eine „europäische Zukunft“ an.

Vor einer Woche weilten Vertreter der albanischen Gemeinschaft aus dem Süden Serbiens, wo die Gemeinden Bujanovac, Presevo und Medvedja mit einem bedeutenden Anteil der albanischen Bevölkerung liegen (die Albaner nennen diese Regionen das Presevo-Tal), auf Einladung des US-Kongresses in Washington zu Besuch. Zu den Teilnehmern der Delegation gehörten der Chef der Gemeinde Bujanovac Shaip Kamberi, der Vorsitzende der Demokratischen Partei der Albaner (DPA), Ragmi Mustafa, und Ardita Sinani von der Partei für demokratische Aktion (PDD), die ebenfalls die Interessen der albanischen Minderheit in Serbien vertritt.

Am 20. Mai, einige Tage nach der Rückkehr von der Reise, sagte Shaip Kamberi, dass die beste Lösung für den Süden Serbiens der Beitritt zum Kosovo sei, und das so genannte Presevo-Tal die Möglichkeit bekommen solle, am Dialog zwischen Belgrad und Pristina teilzunehmen.

Kamberi sagte gegenüber Sputnik, dass die Delegation der serbischen Albaner es geschafft habe, ihre Probleme mit hochrangigen Vertretern der US-Administration, die für die Balkan-Region zuständig seien, zu erörtern.

„Wir waren im US-Außenministerium, Kongress und Senat, berichteten über unsere Probleme und baten, das Thema des Presevo-Tals in die weiteren Verhandlungen zwischen Belgrad und Pristina aufzunehmen, weil wir denken, dass der Vertrag zwischen ihnen ohne die Lösung dieser Frage nicht abgeschlossen wäre. Auch die Sicherheitsfragen im Westbalkan können nicht ohne Lösung unserer Frage abgeschlossen werden“, sagte Kamberi.

Er erinnerte daran, dass Pristina eine neue Verhandlungsplattform akzeptiert habe, auf deren Grundlage Pristina von Belgrad Gegenseitigkeit fordern wolle, also die Verleihung derselben Rechte für die Albaner im Süden Serbiens, welche die Serben im Norden des Kosovo haben. Es handele sich um „das Recht, an der Arbeit der Polizei, Justizorgane, der Regierung und anderer Staatsinstitute teilzunehmen“, so Kamberi. (Allerdings wird den Albanern in Serbien nicht verboten, in Staatsorganen zu arbeiten, weshalb das wohl eine umstrittene These ist – Anm.d.Red.).

Kamberi zufolge wollen die Albaner aus dem Presevo-Tal an den Verhandlungen teilnehmen, er wisse aber nicht, ob ihr Wunsch in Erfüllung gehe, weil das von der Position Belgrads und Pristinas sowie der Tatsache abhängt, ob es zum Gebietstausch kommen werde (vermutlich wird das Schema „der serbische Norden des Kosovo gegen den albanischen Süden Serbiens“ gemeint – Anm.d.Red.).

Auf die Frage, was die Amerikaner davon halten, mit denen er in Washington sprach, sagte er: „Sie sammelten alle notwendigen Informationen, wir warten jetzt auf Reaktion“.

Die Politologin Jelena Vukoicic ist davon überzeugt, dass das Gastspiel der serbischen Albaner in den USA nur ein weiteres Mittel sei, um bei Belgrad Eindruck zu schinden, aber nichts Ernsthaftes aus dieser Initiative resultieren werde.

„Natürlich würden sie ein solches Szenario begrüßen, ihre Ambitionen bezüglich ‚eigener‘ Gebiete, die ihnen zufolge ein Teil von Groß-Albanien sein sollen, kennen keine Grenzen. Doch ich meine, dass ihre politischen Anführer verstehen, dass jene, die ihnen erlaubten, den Staat Kosovo zu bilden, sie nicht bei der Schaffung ihrer perfekten albanischen Supermacht unterstützen werden. Das wird nur getan, um Serbien unter Druck zu setzen und zum Verzicht auf Kosovo und Metochien zu zwingen“, so die Expertin.

Der Expertin Vukoicic zufolge werden die Versuche, Belgrad ein neues Szenario aufzudrängen, das die weitere Aufnahme von Gebieten vorsieht, weder von Washington noch von Brüssel unterstützt.

„Was könnte das dann bedeuten? Dass Albanern grünes Licht gegeben wird, damit sie die Balkan-Staaten auseinander reißen? Alle verstehen, dass sie das selbst nicht schaffen werden, sie haben keine Kräfte und keinen starken Mechanismus dazu. Sie hätten auch kein Kosovo bekommen, hätte es keine Bombenangriffe auf Jugoslawien gegeben. Ich glaube nicht, dass die Nato für ein Groß-Albanien einen Krieg gegen Serbien, Griechenland, Montenegro entfachen würde. Allerdings könnte diese Rhetorik von einem Teil der US-Administration unterstützt werden, die sie nutzt, um Serbien unter Druck zu setzen“, so die Expertin.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32503/18/325031816.jpg>

de.sputniknews.com: **Mehrheit der Deutschen äußert sich in der Öffentlichkeit nur vorsichtig – wegen Tabu-Themen**

Die meisten gefragten Deutschen sind der Auffassung, dass sie sich unter Freunden frei äußern können, nicht aber in der Öffentlichkeit. Das hat eine Studie des Demoskopie-Instituts Allensbach für die „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ergeben.

Im Zeitraum vom 3. bis 16. Mai wurden 1283 Recherche-Teilnehmer ab 16 Jahren gefragt: „Würden Sie sagen, man kann seine Meinung in der Öffentlichkeit frei äußern oder muss man bei einigen oder vielen Themen vorsichtig sein?“, berichten deutsche Medien am Mittwoch. Danach wurde dieselbe Frage zur Meinungsäußerung im Freundeskreis gestellt. Nur rund jeder fünfte Befragte (18 Prozent aller Teilnehmer) fühlt sich in der Öffentlichkeit frei, seine Meinung zu äußern. 58 Prozent äußern sich in der Öffentlichkeit vorsichtig. Besonders bei einigen politischen Themen soll das Gefühl herrschen, dass es Tabus und ungeschriebene Gesetze gebe, was akzeptabel sei.

Als Tabuthemen gelten die Flüchtlinge und der Islam, so Medienberichte. Zudem kritisieren 41 Prozent, dass die Political Correctness übertrieben werde. 35 Prozent ziehen für sich sogar den Schluss, dass freie Meinungsäußerung nur noch im privaten Kreis möglich sei.

Zu dem Eindruck, dass die Freiheitsspielräume im öffentlichen Raum kleiner werden, trägt auch die Rigorosität bei, mit der bestimmte Sprachregelungen eingefordert werden. So finden es zwei Drittel der Studienteilnehmer übertrieben, wenn statt der Begriffe Ausländer oder Ausländischstämmige umständlich von Menschen mit Migrationshintergrund gesprochen werden soll.

Völlig verständnislos reagieren die Befragten auf nachträgliche Korrekturvorschläge zu Texten, die sicherstellen sollen, dass sie heutigen Sensibilitäten und Normen entsprechen. Als Beispiel wird Astrid Lindgrens „Negerkönig“ in „Pippi Langstrumpf“ angeführt, der zum „Südseekönig“ mutieren müsste, um nach heutigen Maßstäben politisch korrekt zu sein. 75 Prozent plädieren für die Beibehaltung der Originalversion, nur 14 Prozent votieren dafür, Begriffe, die heute als nicht mehr zeitgemäß oder beleidigend empfunden werden, auszutauschen.